



Inklusion | 22.02.2018 | Nr. 058/18

Andrea Tschacher: (TOP 38) Wege finden, Inklusion auch tatsächlich leben zu können

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist Redebeginn

Von der Politik wird viel erwartet, und das ist gut und richtig so. Es ist unsere Aufgabe, auf die gesellschaftlichen Entwicklungen zu reagieren, Lösungen zu finden und diese auch umzusetzen. Dazu braucht es aber auch Menschen, die auf Bedarfe und Situationen aufmerksam machen, die die erarbeiteten Lösungen umsetzen und aktiv gestalten.

Und an dieser Stelle möchte ich als erstes auch den Dank an Professor Hase und sein Team aussprechen!

Der 7. Tätigkeitsbericht 2015 - 2017 formuliert Ziele, wo und inwieweit in unserer Gesellschaft weiterer Handlungsbedarf besteht, und er fasst wichtige Errungenschaften für mehr Barrierefreiheit und Inklusion der letzten beiden Jahre zusammen. Der Bericht verdeutlicht, was in den vergangenen zwei Jahren geleistet und auch auf kommunaler-, auf Landes- und auf Bundesebene erreicht werden konnte.

Die Broschüre „JETZT handeln!“ fasst zudem komprimiert die Handlungsbedarfe zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung zusammen.

Und all das macht eines deutlich: Bestehende Hürden müssen beseitigt werden – auch die in den Köpfen! Angefangen von der Barrierefreiheit – die vielfach noch nicht an allen öffentlichen Orten gegeben ist – bis zur gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsmarkt.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist zwar stabil, Arbeitslosenzahlen sinken. Davon konnten auch Menschen mit Behinderung profitieren - allerdings im Durchschnitt deutlich weniger. Die Beweggründe sind dabei vielfältiger als man annehmen mag.

Auf einen Fall, der in diesem Bericht geschildert wird, möchte ich exemplarisch eingehen und ganz bewusst nennen:

Eine Petentin ist auf einen Diätbegleithund als medizinisch verordnetes Hilfsmittel

angewiesen. Sie berichtete, dass sie einer Einladung zu einem Vorstellungsgespräch nicht folgen konnte, da ihr die Mitnahme des Assistenzhundes verweigert wurde. Ihr wurde also in der Konsequenz die Chance auf Teilnahme am Bewerbungsverfahren verweigert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses zeigt uns, dass oftmals durch faktische Unwissenheit um dieses Thema Menschen mit Behinderung noch immer benachteiligt werden.

Und genau das darf nicht passieren!

Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen wahr- und ihre Bedürfnisse ernst nehmen. Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung hat hierbei auf die bestehenden Probleme hingewiesen, nun ist es an uns, mögliche Lösungsansätze zu beraten und dort anzusetzen, wo der Bedarf ist.

Und ich sage Ihnen auch an dieser Stelle sehr deutlich, die Jamaika-Koalition hat hier schon mit der Arbeit begonnen. Wir haben in den vergangenen acht Monaten unserer Regierungszeit den Fonds für Barrierefreiheit mit 10 Mio. € auf den Weg gebracht und das 1. Teilhabestärkungsgesetz so gut wie auf den Weg gebracht. Und auch hier ist es uns als Jamaika-Koalition wichtig, dass wir diese Umsetzung besonnen gehen, und auch deshalb werden wir prüfen, wie wir nochmals eine Verbesserung des Gesetzentwurfes erreichen können. Diese Zeit nehmen wir uns, und das ist gut so. Und wir haben neue Weichen in der Koordination des Querschnittsthema Inklusion gestellt. Denn beim Thema Inklusion sind die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche angesprochen. Somit sind auch alle Ministerien inhaltlich verantwortlich. Deshalb sehen wir dieses Thema in der Koordination der Staatskanzlei bestmöglich verortet – ein Aspekt, der auch lobende Worte in diesem Bericht findet.

Sehr geehrter Herr Prof. Hase, wir bedanken uns ganz herzlich bei Ihnen und Ihrem Team für die seit vielen Jahren geleistete Arbeit und Ihr persönliches Engagement für Menschen mit Behinderung. Sie sind ein wichtiger und geachteter Kümmerer für Menschen mit Behinderung hier bei uns im Land.

Und ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal ein Lob für den Austausch mit Ihnen aussprechen. Wir als Jamaika-Koalition schätzen es sehr, dass wir auch kritisch miteinander sind und Sie uns auch immer wieder zeigen, dass wir noch etwas zu tun haben! Uns ist es wichtig, dass wir nicht nur Inklusion fordern, sondern dass wir politische Wege eröffnen, damit Inklusion auch gelebt werden kann!